Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 38 (1948)
Heft: 17

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

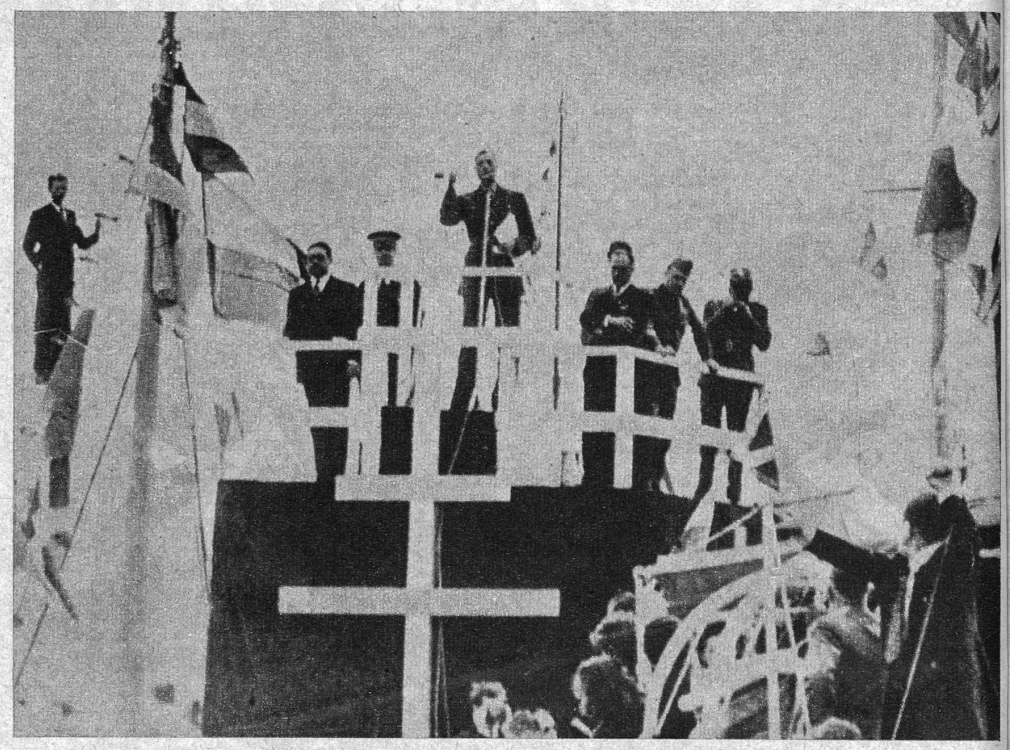
POLITISCHE RUNDSCHAU

Stellungnahme

-an- Es wird niemanden überraschen, dass die *Sozialdemokratische Partei der Schweiz an ihrem ausserordentlichen Parteitag* die Linie eingehalten, welcher sie im Grunde schon immer folgte, seit sie den Eintritt in die III. Internationale ablehnte, sich dem Diktat der berüchtigten «21 Bedingungen» widersetzte und schliesslich, angesichts der heraufsteigenden fascistischen Gefahr, auch die positive Wendung zur Bejahung unserer Landesverteidigung vollzog. Sie stellte heute fest, dass sie die Kominform bekämpfe, dass sie den Marshall-Plan als Mittel für die Wiederaufrichtung Europas anerkenne, dass sie für den demokratischen Sozialismus einstehe, dass das Gelingen der englischen Sozialisierungsvorhaben und die Richtlinien, welche in den nordischen Staaten verfolgt werden, ihr Herzensanliegen seien, um es so auszudrücken. Sie nimmt aber anderseits Stellung gegen den Kapitalismus, ob er nun «durch amerikanische Hilfe in Europa gerettet werden solle», oder ob er durch den Marshall-Plan allenfalls die Unabhängigkeit europäischer Staaten gefährden könnte.

Den Hauptsatz aus den Leitsätzen, die mit gewaltigem Mehr angenommen wurden, muss man wörtlich zitieren: «Die SPS befindet sich in Uebereinstimmung mit dem Willen des Schweizervolkes und den Interessen des Landes, wenn sie *eindeutig an der Unabhängigkeit und Selbständigkeit gegenüber jeder Blockpolitik, komme sie von Westen oder Osten,* und *an der schweizerischen Neutralität als staatspolitischer Maxime festhält.* Die Schweiz kann sich zwischen Westen und Osten nur behaupten, wenn sie *mit den Staaten Osteuropas,* einschliesslich der Sowjetunion, *mit den Staaten Mittel- und Westeuropas und den Staaten des amerikanischen Kontinents aufrichtig zusammenarbeitet . . .*»

Das ist ja nicht nur die Ansicht der Mehrheit im Lande, es ist auch die Ansicht des Bundesrates, und der Traum, mit aller Welt Handel und Austausch geistiger Güter zu treiben, bewegt nicht nur die Herzen von Geschäftsleuten und Intellektuellen, sondern schwebt als das Bild des wahren Rettungsengels vor den Augen aller Sehenden. Ob aber «der Osten» will? Unsere Sozialdemokratie lässt sich mit der gleichen Hiobsgeduld wie die britische Labourparty von den Kommunisten und von der Inquisition im Kreml als «Sozialfascisten», Sozialverräter, amerikanische Agenten» und wer weiss was betiteln, und dennoch hält sie an der Fiktion fest, es müsse einen *«Austausch» auch geistiger Güter* geben. Wie manche Ohrfeige braucht es noch, bis man sich wenigstens darauf beschränkt, nur noch materielle Güter zu tauschen, zu bekennen, dass es dort nichts mehr zu holen gibt, wo Presse, Musik, Malerei und vor allem Literatur nur noch staatliche Monopolwaren liefern!



General de Gaulle im alten Hafen in Marseille

General de Gaulle während seiner Rede im alten Hafen von Marseille, die er nach Schluss des grossen Kongresses seiner Partei hielt (NYT)

Man hätte wahrlich einen weitern Leitsatz gewünscht: «Die Sozialdemokratie verurteilt jede Gleichschaltung geistiger Arbeit als den ursprünglichen Prinzipien des Sozialismus völlig widersprechend . . .»

Nach den italienischen Wahlen

Am vergangenen Montag, um 15 Uhr, wurden diese «welthistorischen Wahlen» abgeschlossen. Mitte der Woche wussten unsere Leser und wusste mit ihnen die ganze Weltöffentlichkeit, nach welcher Richtung das Pendel ausgeschlagen. Niemand setzte in den letzten Tagen vor dem 18. April mehr auf die «Volksfront» der Kommunisten und Nenni-Sozialisten. *Wahrscheinlich auch die Russen nicht mehr.* Man hatte das allerneuste *Veto Gromykos im Sicherheitsrat gegen die Aufnahme Italiens in die «UNO»* als Beweis des Moskauer-Desinteressements an Italien gedeutet. Der Kreml kalkulierte sehr kühl: In einem verlornen Spiel vergeudet man keine Trümpfe. Das «Veto» war wichtiger geworden als die Frage, ob man allenfalls in Italien Stimmen für Togliatti und Nenni werben könnte, falls man der Aufnahme des Landes in die «UNO» zustimme. Das Dauer-Veto der Westmächte gegen die Aufnahme der Balkan-Satelliten Albanien, Bulgarien, Ungarn und Rumänien muss irgendwie pariert werden.

Ist nun für Italien, ist für Westeuropa die Gefahr, von der ultraroten Propaganda unterminiert und schliesslich aus den Angeln gehoben werden zu können, gebannt? Und *ist die «Entscheidung über Krieg und Frieden», von der die Propagandisten des Westens sprachen, nun endgültig zugunsten des Friedens gefallen?* Uns scheint, man müsste Folgendes einwenig mehr in Betracht ziehen: Moskau war sich klar darüber, dass Amerika ein rotes Italien gar nicht dulden würde. Und dass es sich dabei der britischen und französischen Hilfe sicher wisse. Die russische «Kriegsentschlossenheit» würde sich demnach vor allem in einem Höchstmass von propagandistischem Aufwand, vielleicht in der Anwendung terroristischer Aktionen kurz vor der Entscheidung, oder in der Entfesselung von Demonstrationen wie in der Tschechoslowakei, bekundet haben. Das heisst, in Versuchen, die Linksmehrheit mit allen Mitteln zu erzielen. Den Amerikanern wäre hernach die unangenehme Aufgabe zugeschoben worden, aktiv gegen das «sowjetische Italien» vorzugehen. Und da vor jedem Kriegsausbruch jeder Gegner listigerweise versucht, den andern zum Schuldigen zu machen, hätten die USA das unangenehme Odium auf sich nehmen müssen.

Moskau aber *wollte* diese bedenkliche Situation herbeiführen. *Man kann das russische Desinteressement an den Aprilwahlen also auch so lesen, dass man sagt: Ein Sieg der «Volksfront» im jetzigen Moment war gar nicht erwünscht.* Denn er hätte die russische Armee entweder direkt in den Krieg geführt, oder ihr die Blamage eines schmählichen Rückzuges vor der Entscheidung zugezogen. Also liess man die Dinge

gehen, wie sie wollten, und stellte sich zum vornherein auf eine andere Taktik um. Wie diese Taktik aussehen wird, hat *Togliatti* in einer letzten Wahlrede verraten: Sollte man die Kommunisten von einer demokratischen Regierung ausschliessen, so werde Italien sehr unruhigen Zeiten entgegengehen. Mit andern Worten: Die äusserste Linke will zum «Kleinkrieg» übergehen, will alte und neue Methoden anwenden, um die Arbeiter und Landpächter zu sammeln, will vielleicht die *«Aktionskomitees» in Dauerfunktion belassen* und durch wilde Attacken die Bodenreform in den Vordergrund schieben. *Die Latifundien* bilden unter Umständen einen wichtigern Angriffsfront als die «Industriefront».

Es gibt übrigens Pessimisten, die annehmen, Moskau wolle aus Italien ein zweites Griechenland machen, und Jugoslawien werde nicht nur für den General Markos, sondern am Ende auch für einen entsprechenden italienischen Rebellen «Hinterwand und Lieferland» werden. Vermutlich gehen solche Phantasien viel zu weit. Man muss *den französischen Kommunistenführer Thorez* anhören, um die konkreten Ziele der *Togliatti und Nenni* zu kennen. Thorez hat in einer Sonntagsrede für die Zukunft eine Teilnahme seiner Partei an einer demokratischen Regierung verlangt; eine solche Regierung müsste alle Bindungen Frankreichs, die es unter Schuman und schon vorher eingegangen, rückgängig machen, sich also aus dem Verband der 16 Marshall-Länder zurückziehen, ebenso auch aus dem «Fünferbündnis». In Italien werden sich demnach die Kommunisten vor allem wehren gegen eine Teilnahme des Landes an ebendiesen Institutionen. Aber

die Einigung des Westens reift

gradweise heran. In der vorigen Woche wurden kurz nacheinander zwei wichtige Entscheidungen perfekt: *Die «Sechzehner»-Organisation* hat sich durch 28 Artikel und sieben Zusatzprotokolle eine *Konvention* gegeben, welche bereits von den Aussenministern aller beteiligten Staaten unterschrieben wurde. Auch Deutschland figuriert auf dem Dokument. Und zwar werden die französische und die amerikanisch-britische Zone durch eine einzige Unterschrift repräsentiert, die eines der alliierten Kommandanten. Denn noch gibt es keine andern «deutschen Behörden», welche nach aussen hin als repräsentativ betrachtet würden.

In dieser Konvention werden Pflichten, Aufgaben und Rechte der Mitgliedstaaten rechtlich fixiert, werden verantwortliche Behörden bestellt, wird das Ziel der Organisation umschrieben, wird sogar von der Möglichkeit gesprochen, auszutreten. Die Zielsetzung geht weit über die Fragen der Verteilung jener «gutgeschriebenen» 5 amerikanischen Milliarden hinaus. Man hat an eine dauernde Zusammenarbeit gedacht, will «planen», will auf weite Sicht die grossen Aufbauprobleme überschauen und lösen. Nicht gesprochen wird in der Konvention jedoch über die *Frage, was geschehen soll, wenn der Wiederaufbau beendet, und wenn die alte Not der Wirtschaftskrise dank «Ueberproduktion» wieder an den Horizonten auftaucht.* Man muss gestehen, dass es wichtiger gewesen wäre, *daran* zu denken, als an die Angstgefühle der «souveränen Staaten», welche für ihre Unabhängigkeit fürchten. Man bestimmte, *dass alle Beschlüsse durch «freiwilliges Uebereinkommen» zustandekommen müssten,* und man liess es jedem Staate frei, sich von solchen Beschlüssen fernzuhalten, falls sie ihm nicht passten. Das ist zweifellos echt demokratisch gedacht, wird aber den Hohn der «stramm marschierenden» Moskauer herausfordern. Zu hoffen ist nur, der Geist des britischen föderativen Reiches, der aus dieser Bestimmung spricht, werde bewirken, dass dennoch praktisch brauchbare «freiwillige Uebereinkommen» zustandekommen, und dass nicht jedesmal mehrere der «Sechzehn» aus der Reihe tanzen.

Was die zweite wichtige Meldung angeht: *Die Länder des Fünferpaktes* haben sich einen *«Ständigen Rat»* gegeben, und dieser Rat ist bereits konstituiert worden. Desgleichen wird künftig *ein ständiges gemeinschaftliches Militärkomitee* funktionieren. Dieses Komitee wird praktisch wichtiger werden als der «Ständige Rat», und wenn es wahr ist, dass der belgische *Minister Spaak in Washington* über eine *engere militärische Zusammenarbeit der USA mit den «Fünf Mächten»* verhandelt, dann wird man wohl bald von bestimmten Abmachungen hören und ein Bild entstehen sehen, das auch den Russen verständlich wird.

Am 20. April hat in London die «Deutschland-Konferenz» der drei westlichen Alliierten begonnen. Sie wird wohl entscheidende Beschlüsse über die Konstituierung eines «westdeutschen Staates» fassen. Vier Tage darauf soll *der ständige Rat der Fünf erstmals ebenfalls in London tagen.* Da Frankreich dem «unierten» Reiche nach wie vor Opposition macht, kommt es wahrscheinlich zu einem letzten Markten über die Frage, ob ein deutscher «Staatenbund» oder ein «Bundesstaat» in die Organisation der Sechzehn und schliesslich in die der Fünf eingereiht werden solle.

Die russische Deutschland-Politik

wird, wenn es in London zu einem Beschluss über die «westdeutsche Föderation» kommt, zu raschen Gegenmassnahmen gezwungen. Es sieht überhaupt heute so aus, als habe die britsisch-amerikanische Aktivität westlich der Elbe eine Aenderung der Atmosphäre geschaffen, und die Zuversicht der Deutschen fange langsam an, zu wachsen und über den «eisernen Vorhang» nach dem Osten überzugreifen. Russische Taten wären also fällig, um die westlichen Reklameschlager zu übertrumpfen. Es wird als erstes erwartet, dass in den russisch besetzten Quartieren Berlins die Jagd nach «Spionen» verschärft und alle Schwarzhändler als amerikanische Agenten deklariert werden. Doch ist das nur negativ. Positiveres muss geschehen. Darum rechnen die westlichen Alliierten mit «schlagartigen» Proklamationen und Verfügungen der russischen Kommandantur und der sehr aktiven kommunistischen Partei. Der *Konflikt im Kontrollrat* dauert an, *Sokolowski* ist nach Moskau geflogen und mit neuen Instruktionen zurückgekehrt. Diese Instruktionen beziehen sich kaum nur auf den genannten Konflikt, auch nicht allein auf den Flugzeugabsturz und die beidseitig schikanösen Untersuchungsmethoden, die zu keinem Ende führen können. Die Deutschen erwarten nicht nur mehr lokale Affären, sondern irgend etwas gross Aufgezogenes.

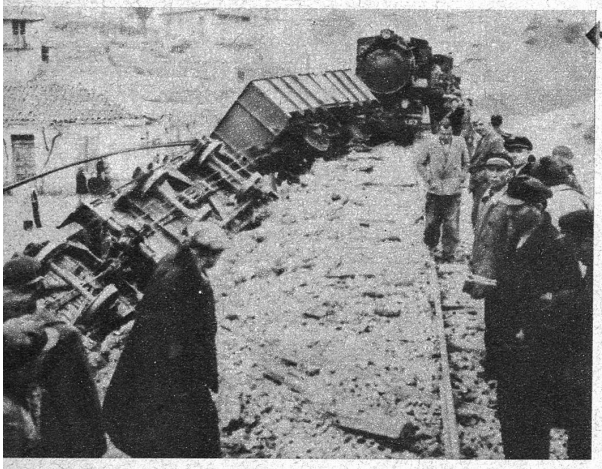
Darum geht die Rede, dass Russland nur den Moment abwartet, da der westdeutsche Staat proklamiert würde. Die Antwort würde eine *Gegenproklamation sein, und zwar nicht etwa die eines unabhängigen Ost-Deutschland, sondern eines . . . nur theoretischen . . . gesamt-deutschen Zentralstaates.* Alles, was westlich der Elbe, der Saale und des Böhmerwaldes läge, würde damit gleichsam als «unerlöste Provinz» deklariert. Um aber den Deutschen nicht nur den Lockvogel der Reichseinheit vors Fenster zu hängen, soll auch versucht werden, sie *über die Verluste der weiten Ostgebiete zu trösten,* und zwar dadurch, dass *eine tschechisch-polnisch-deutsche Industriegemeinschaft um die reichen oberschlesischen Grubengebiete herum aufgerichtet würde,* mit Organisationsplänen, in welchen den sowjetisierten Deutschen volle Partnergleichheit mit den Slaven zugestanden würde.

Der kommunistische «Volkskongress», der sich als Repräsentant des deutschen Volkes gebärdet, scheint drauf und dran zu sein, für jenes theoretische «Gesamtdeutschland» eine ebenso repräsentative Regierung zusammenzustellen. Das wäre eine Art «Markos» an der Grenze eines von den West-Alliierten gehaltenen Landes, die potentielle « volksdemokratische » Gesamtregierung, gleich jener des Generals Markos in Griechenland. Die Deutschen sind zwar gegen Propaganda abgestumpft, aber vielleicht verfängt die Methode doch. Im übrigen könnte es mehr Eindruck machen, wenn wirklich, wie gemeldet wurde, *in der Sowjetzone die Beschlagnahmungen in der Industrie aufhörten.* Und wenn nicht die Parteien den Eindruck hätten, dass sie vor ihrer Vernichtung stünden. Und dass mit dem Ausrufen des Gesamtstaates diese Vernichtung in die Tat umgesetzt werden solle. Gleich wie *in der Tcshechoslowakei, wo die Sozialdemokratie in der kommunistischen Partei soeben «aufgegangen» ist* und nur noch zur Dekoration eine gehorsame katholische Volkspartei ihr Schattendasein fristet.

Im Hinblick auf die sämtlichen Kampffronten rings um unsern Planeten glauben wir, dass die Russen in Europa nur noch an der Konsolidierung der gewonnenen Positionen arbeiten und hier nicht weiter zu kommen hoffen. Alle kommenden Ereignisse in «Ost-Elbien» dienen *nur* der Konsolidierung. Die angekündigten Unruhen und die Opposition in Italien und Frankreich . . . und sonstwo . . . verfolgen den *Nebenzweck, die Konsolidierung des Gegners zu stören.* Weite Perspektiven jedoch könnten sich jedoch ausserhalb Europas öffnen. *In Südamerika* beispielsweise. Die *Explosion eines brasilianischen Munitionsdepots* setzt die dort drunten sichtbar gewordene Feuerkette fort . . .

Im Uhrensaal des Quai d'Orsay in Paris fand die feierliche Unterzeichnung des Abkommens über den wirtschaftlichen Wiederaufbau der 16 am Marshall-Plan beteiligten Nationen statt. Die Schweiz hat an dieser Konferenz einen grossen Erfolg errungen und Minister Carl J. Burckhardt, der eben seine Unterschrift unter den Pakt setzt, erklärte sich über die Abmachungen voll befriedigt. (ATP)

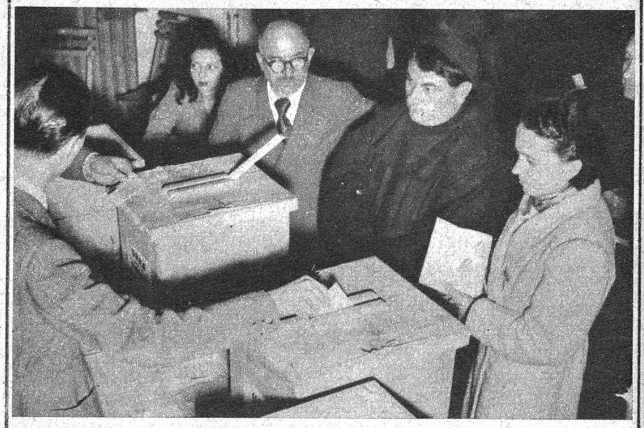
Der Aufruhr in Bogotà. Von der Wildheit, mit der die Columbier ihren Aufstand in der Hauptstadt, in der gerade die Panamerikanische Konferenz tagte, durchführte, zeugt diese Szene vor einem in Brand gesteckten Regierungsgebäude, das den Flammen gänzlich zum Opfer fiel. Die Männer schwingen Macheten (Urwaldmesser), Peitschen, Stöcke und Fackeln und freuen sich der von ihnen angerichteten Verwüstung (ATP)



König Paul von Griechenland einem Anschlag entgangen! Dem Zug, der auf einer Inspektionsreise durch Griechenland König Paul und den Chef der amerikanischen Militärmission, General James Van Fleet mit sich führte, hatte man in Erwartung eines Attentates einen Sicherheitszug vorausgeschickt. Und richtig: bei der griechischen Ortschaft Tripolis entgleiste infolge Sabotage die vorausfahrende Komposition, während der Zug mit dem König knappe 100 m vor der Unglücksstelle gestoppt werden konnte.

60 000 Italiener aus der Schweiz fuhren zur Stimmabgabe in ihre Heimat. In 18 Extrazügen in der Nacht vom 16./17. April haben die SBB diesen Strom reibungslos bewältigt. (ATP)

Der zweite Berner Cupfinal: Nachdem das erste Endspiel am Ostermontag bereits unentschieden endete, wurde auch die Wiederholung zu einer zähen Zerreissprobe und ergab wiederum ein 2:2 Unentschieden trotz Spielverlängerung! Unser Bild zeigt eine Intervention des Jurassier-Torhüters Castella, der vor dem anstürmenden Grenchener Verbinder Bohren das Leder im Hochsprung blockiert. (Photopress)



Italiens Schicksalsstunde! Blick in ein Mailänder Stimmlokal während des Urnenganges am Sonntag. Auf einem Tisch sind die hölzernen Wahlurnen aufgestellt, hinter denen die Vertreter der zu den Wahlen zugelassenen Parteien Aufstellung genommen hatten. Hier erfolgt soeben die Stimmabgabe durch eine Frau, einen Geistlichen und einen Beamten. (Photopress)